

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 23 (1943-1944)
Heft: 1

Artikel: "Vollbeschäftigung" : ein Irrweg zu einem selbstverständlichen Ziele
Autor: Röpfe, Wilhelm
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-159052>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

„Vollbeschäftigung“ / ein Irrweg zu einem selbstverständlichen Ziele.

Von Wilhelm Röpke.

Grundsätzliche Erwägungen.

Zu den am meisten verbreiteten und am tiefsten verwurzelten Irrtümern unserer Zeit gehört der Glaube, daß es uns frei stünde, irgend etwas Unbequemes zu wollen oder nicht zu wollen, während es sich in Wahrheit um etwas handelt, was seiner wesentlichen Natur nach unvermeidlich ist und uns daher nur die Wahl läßt, ob wir es in dieser oder in jener Spielart wünschen. Eine lange Abhandlung ließe sich darüber verfassen, daß es ein ganz bestimmter politischer und wirtschaftlicher Radikalismus ist, der ausschließlich von einem solchen Glauben lebt. Man wähnt, frei zwischen einer hierarchischen und einer nicht-hierarchischen Struktur der Gesellschaft wählen zu können, ohne zu bedenken, daß der hierarchische Charakter zum Wesen der Gesellschaft schlechthin gehört und wir daher nur die Wahl zwischen einer schlechten und einer guten, d. h. einer auf Privilegien oder einer auf Leistungen und Funktionen aufgebauten Hierarchie haben. Man meint, sich frei zwischen Autorität und vollkommener Freiheit und Gleichheit entscheiden zu können, ohne darüber nachzudenken, daß menschliches Zusammenleben und wahrhafte Kultur in keinem Falle ohne Autorität der dazu Berufenen vorstellbar ist und unsere einzige Aufgabe darin bestehen muß, eine Autorität der Unberufenen zu verhindern. Andere wieder entrüsten sich über die mehr oder weniger brutale Disziplin, die Marktwirtschaft und Wettbewerb uns auferlegen, ohne zu bedenken, daß kein Wirtschaftssystem auf die Dauer eine strenge Disziplin entbehren kann, daß die Anarchie der Monopole und Gruppeninteressen nur ein kurzes Zwischenspiel ist und daß die Disziplin des Kollektivismus, die wir schließlich auf uns nehmen müssen, wenn wir diejenige des Marktes und des Wettbewerbs abschütteln, an Brutalität alles übertreffen wird. In der Tat beruhen die meisten Vorwürfe, die der Sozialist gegen die Marktwirtschaft richtet, auf dem Irrglauben, daß nicht auch der sozialistische Staat auf seine — in der Regel schlechtere und brutalere — Art die nämlichen Probleme zu lösen hätte, für die die Marktwirtschaft ihre eigenen und erprobten Lösungen in Form des Wettbewerbs, der Preisbildung, der Kosten, des Zinses und der regulierenden Funktion der Rentabilität gefunden hat.

Dieser fundamentale Irrtum des politischen und wirtschaftlichen Radikalismus steckt nun auch in der Forderung, die das so schnell populär gewordene Wort „Vollbeschäftigung“ zum Ausdruck bringen soll. Es verspricht nichts anderes als die Erlösung von etwas Unbequemem, von dem man glaubt, daß es allein der herkömmlichen Marktwirtschaft eigentümlich sei, nämlich von den Schwankungen und Umrangierungen in der Be-

schäftigung und von der Notwendigkeit, ihnen durch Umstellungen und Anpassungen Rechnung zu tragen. Nicht dies ist das Neue, daß man „Unterbeschäftigung“ für etwas in jeder Beziehung Unerfreuliches hält und in der vollen Beschäftigung aller Arbeitsfähigen und Arbeitswilligen ein Ideal sieht. Dies ist nicht nur nichts Neues, sondern etwas schlechthin Selbstverständliches. Das Neue liegt nur darin, daß man diese selbstverständliche Einmütigkeit aller vernünftigen Menschen durch das Schlagwort von der „Vollbeschäftigung“ für einen bestimmten Weg zu diesem unbestrittenen Ziele ausmünzen will, nämlich für denjenigen Weg, der darin besteht, die Probleme der Anpassung und der Wiederherstellung des gestörten wirtschaftlichen Gleichgewichts als nichtvorhanden zu betrachten und mit allen Mitteln die Folgen der Gleichgewichtsstörung (insbesondere die Arbeitslosigkeit) durch mehr oder weniger gewaltsame und mechanische Maßnahmen zu beseitigen, ohne sich klare Rechenschaft über ihre eigentlichen Ursachen zu geben. Zu zeigen, daß dieser Weg ein Irrweg ist, ist die Absicht dieses Aufsatzes. In der Tat ist es ein Weg, der mit vielen anderen Irrwegen das gemein hat, daß er gerade dadurch vom Ziele abführt, daß er es vorwegnehmen will: gleich dem Manne, der dann am wenigsten auf Dankbarkeit rechnen kann, wenn er um ihretwillen gibt, gleich der Wissenschaft, die schließlich ihren praktischen Wert verliert, wenn sie den außerwissenschaftlichen Zwecken des praktischen Lebens unmittelbar dienstbar gemacht wird, kurzum gleich dem Menschen, der, wenn er sein Leben gewinnen will, es verlieren wird. Es steckt eine Lehre voll bitterer Ironie darin, daß unsere Welt nur um so unsicherer geworden ist, je mehr sie von Sicherheit spricht, nur um so planloser und unberechenbarer, je mehr sie auf Planung ausgeht, und daß die schwerste Wirtschaftskrise Ende der zwanziger Jahre die Antwort auf den amerikanischen Glauben an die „ewige Prosperität“ gewesen ist. Die Ironie wird zur düstersten Tragik, wenn wir bedenken, in welchem engen Zusammenhang der heutige Weltkrieg mit dem rücksichtslosesten Versuch einer Politik der „Vollbeschäftigung“ und mit der schließlichen Lage steht, zu der dieser Versuch geführt hat.

Sicherheit ist der elementarste und legitimste Wunsch des Menschen, aber es gibt keinen Richtweg zu ihr, keinen „short cut“. Sie kann nicht organisiert und nicht durch irgendeine Maginotlinie ein für allemal und ohne unser weiteres Zutun garantiert werden, ja, alles Organisieren und Garantieren ist schließlich der sicherste Weg, sie aufs schlimmste zu gefährden. Sie ist überall nur um den Preis steter Wachsamkeit und Wendigkeit und der Bereitschaft jedes einzelnen zu haben, den Unsicherheiten des Lebens mutig entgegenzutreten.

Die Wirtschaftsstörungen und ihre Bekämpfung.

Betrachten wir in diesem allgemeinen philosophischen Rahmen das Problem der Wirtschaftsstörungen, so ist es klar, daß sie die schwerste Be-

lastung darstellen, der unser Wirtschafts- und Gesellschaftssystem ausgezehrt ist, und nicht minder klar ist es, daß nur ein Verblendeter die dringende Notwendigkeit leugnen kann, sie nach Kräften zu vermindern und, was dann übrig bleibt, für den einzelnen so tragbar wie nur möglich zu machen. Verstand und Herz fühlen sich immer wieder aufs schwerste herausgefordert durch den paradoxen Zustand einer Wirtschaftsdepression, die uns Mangel und unausgenutzte Produktionsmöglichkeiten nebeneinander zeigt, und es ist begreiflich, daß vor hundert Jahren die ersten schweren Angriffe gegen die damals sich entwickelnde Marktwirtschaft vorzüglich auf diese herausfordernde Erscheinung gestützt worden sind, Angriffe, die an Wucht und Gefährlichkeit bis zum heutigen Tage eher zugenommen als verloren haben. Inzwischen aber hat sich die Basis der Betrachtungen erheblich verschoben, seitdem wir mit der Verneinung der Marktwirtschaft, nämlich dem Kollektivismus aller Arten, praktische Bekanntschaft gemacht haben.

Die praktischen Erfahrungen mit dem Kollektivismus haben in fürchterlicher Weise enttäuscht und erwiesen, daß man der Marktwirtschaft unrecht getan hatte. Neben manchem Anderen und vielleicht noch Ernsteren haben sie gelehrt, daß das Problem des wirtschaftlichen Gleichgewichts und der harmonischen Koordinierung der Produktion sich für den kollektivistischen Staat in derselben Schwere wie für die Marktwirtschaft stellt, aber von ihm nur noch schlechter und um den Preis elementarster Freiheiten gelöst wird. Es hat sich herausgestellt, daß die Marktwirtschaft nur eine der beiden möglichen Antworten auf die Frage der wirtschaftlichen Ordnung und Koordinierung ist. Ihr Wesen ist die s p o n t a n e Ordnung, während dasjenige des Kollektivismus durch das staatliche K o m m a n d o charakterisiert wird (Kommandowirtschaft). Beide Wirtschaftssysteme, die Marktwirtschaft wie die kollektivistische Kommandowirtschaft, stehen vor dem nämlichen Problem der fortgesetzten Anpassung und Ausbalanzierung, da sie beide mit den Schwierigkeiten eines Wirtschaftslebens zu kämpfen haben, das sich durch eine weitgetriebene Arbeitsteilung, eine außerordentlich komplizierte Technik und höchste gesellschaftliche Differenzierung auszeichnet und sich dadurch von der einfacheren Wirtschaftsweise der „vorkapitalistischen“ Zeit unterscheidet. Nun war es aber die Marktwirtschaft, nicht der Kollektivismus, in der die moderne hochdifferenzierte Gesellschaft ihren Einzug in die Wirtschaftsgeschichte gehalten hat. So kam es zu der schweren optischen Täuschung, als handle es sich im Falle der aus der Differenzierung entspringenden Disharmonien — die Marktwirtschaft und Kollektivismus in gleichem Maße vor der wirtschaftshistorisch früheren Stufe undifferenzierter Wirtschaft auszeichnen — um etwas der Marktwirtschaft Eigentümliches. Man hielt also für eine Wirkung der Fehlkonstruktionen des „Kapitalismus“, was in Wahrheit letzte Folge der Arbeitsteilung, Technik und Differenzierung war, d. h. von Dingen, die der Kollektivismus ja durchaus übernimmt und mit denen er genau so gut

fertig werden muß wie die Marktwirtschaft¹⁾. Hier wie dort sind Gleichgewichtsstörungen, Schwankungen, Erschütterungen aller Art an der Tagesordnung, und hier wie dort zwingen sie zur Anpassung, zu Umstellungen und zu mehr oder weniger schmerzhaften Friktionen und Verlusten, alles das unbeschadet der spezifischen Störungen, die sich aus der besonderen Struktur des einen oder des andern Wirtschaftssystems ergeben.

Es muß also jedem einleuchten, daß, wie auch immer wir die Wirtschaft organisieren, Störungen in einem Wirtschaftssystem unausbleiblich sind, das auf einem so ungeheuer komplizierten Zueinandergreifen unzähliger Einzelglieder beruht, das eine solche innere Abhängigkeit aller Teile aufweist, das von so vielen Voraussetzungen beherrscht wird, das in ein solches Netzwerk internationaler Beziehungen verstrickt ist und sich einer so hochentwickelten, zeitraubenden, unübersichtlichen und Umwege einschlagenden Technik verschrieben hat, wie es die moderne Menschheit getan hat. Selbst darin unterscheiden sich Marktwirtschaft und Kollektivismus in keiner Weise, daß die rasche Häufung von Investitionen in einer Volkswirtschaft — sei es in der „kapitalistischen“ Hochkonjunktur, sei es unter einem Mehrjahresplan des kollektivistischen Staates — eine schwere und zu schmerzhaften Rückbildungen zwingende Gleichgewichtsstörung mit sich bringen muß, aus Gründen, die dem Kenner der modernen Konjunkturtheorie vertraut sind und unter denen das sogenannte Übersetzungsprinzip²⁾ („acceleration principle“) obenan steht²⁾.

Sind also die Gleichgewichtsstörungen der Marktwirtschaft und dem Kollektivismus gemeinsam, weil sie einer beiden Wirtschaftssystemen gemeinsamen Quelle entspringen, so haben beide auch in dem gleichen Maße

¹⁾ Es ist ein lehrreiches Gedankenexperiment, sich vorzustellen, daß es der Kollektivismus und nicht die Marktwirtschaft gewesen wäre, in der die moderne hochdifferenzierte und hochtechnisierte Gesellschaft vor über einem Jahrhundert zum ersten Male verwirklicht worden wäre. Dann wären die Rollen vertauscht worden, mit dem Kollektivismus in der Defensive und der Marktwirtschaft in der Offensive. Dahin sind wir nun erst jetzt nach anderthalb Jahrhunderten gekommen, nachdem die Marktwirtschaft zunehmend vom Kollektivismus verdrängt worden ist, und jetzt endlich ist für jeden, der sehen will, ein Vergleich dessen, was beide Systeme bedeuten und leisten, auf Grund einer beiderseitigen Erfahrung möglich. Nun ist denn also die Stunde gekommen, da ein neuer Sismondi — ein Sismondi des Kollektivismus statt des historischen Sismondi der Marktwirtschaft — dem Kollektivismus den Prozeß zu machen und die Schlußbilanz zu ziehen hätte. Wenn sich heute erst eine Minderheit von dieser völlig veränderten Situation Rechenschaft gibt, so ist doch das Fortschreiten der Einsicht unaufhaltsam.

²⁾ Ich selbst muß mich hier vor allem auf die ausführliche Analyse beziehen, die ich in meinem englischen Buche „Crises and Cycles“ (London, W. Hodge & Co., 1936) gegeben habe (kürzer und primitiver in meinem Buch „Krise und Konjunktur“, Sammlung „Wissenschaft und Bildung“, Leipzig 1932). Meinem Standpunkt stehen am nächsten: G. Haberler, Prosperity and Depression, 2. Aufl., Völkerbundsschrift, Genf 1939 (auch französische Ausgabe) und D. H. Robertson, Essays in Monetary Theory, London 1940 (enthaltend ein Sonderkapitel über meine Theorie).

damit fertig zu werden, indem sie das Gleichgewicht durch Anpassung wiederherstellen. Nur unterscheiden sie sich grundlegend dadurch, daß jedes der beiden Wirtschaftssysteme die Anpassung in derjenigen Weise bewirkt, die seinem innersten Wesen entspricht: die Marktwirtschaft spontan, der Kollektivismus durch Kommando und Zwang. Das ist der ganze, aber auch der schwerwiegende Unterschied. Jede der beiden Methoden hat ihre spezifischen Vorzüge und Nachteile: die spontane Anpassung den Vorzug der Freiheit, Geschmeidigkeit und Genauigkeit, aber den Nachteil des langsamen Ausprobierens wie schmerzhafter Verluste und Härten im Einzelfall — die kommandierte Anpassung den Vorzug der Promptheit und der wirksamen Symptombekämpfung (durch hastiges und brutales „Wegstopfen“ der Arbeitslosen), aber den ungeheuren Nachteil des Zwanges, der durchgängigen Freiheitsberaubung und unterschiedslosen Brutalität, der Plumpheit und der Schwierigkeit, ja Unmöglichkeit, ein wirkliches und dauerhaftes Gleichgewicht zu erzielen. Niemand, der sich das alles vernünftig und unvoreingenommen überlegt und dabei seine letzten politisch-moralischen Überzeugungen zu Rate zieht, kann daran zweifeln, zu wessen Gunsten sich die Waage neigt, wenn man alle diese Vorzüge und Nachteile gegeneinander abwägt. Anpassen müssen wir uns auf jeden Fall, sei es spontan-freiwillig oder durch Kommando, und da wir uns für die Marktwirtschaft und gegen den Kollektivismus entscheiden, können wir uns nicht gegen die spontane Form der Anpassung sträuben. Wenn wir es trotzdem tun, so können wir nicht etwa auf ein Paradies der ungestörten wirtschaftlichen Stabilität hoffen: wir entscheiden uns dann im Grunde nur für den Kollektivismus und seine Kommandowirtschaft.

Wir betrügen mithin uns und andere, wenn wir glauben, es könne überhaupt so etwas wie eine störungsfreie Volkswirtschaft ohne ein gewisses Maß von Schwankungen der Beschäftigung und von „guten“ und „schlechten“ Zeiten geben, und wenn wir es trotzdem glauben und danach handeln, so werden wir Sturm ernten. Wir sollen das Menschenmögliche tun, diese Schwankungen zu vermindern, und sogar das Übermenschliche, um ihre brutalen Wirkungen auf das menschliche Einzelschicksal mit Nächstenliebe und wirtschaftspolitischem Takt erträglich zu machen — so demagogisch und wehleidig es wäre, zu übersehen, daß ein peinlicher Erdenrest zu tragen bleibt, solange es politische Erschütterungen, technische Umwälzungen, Schwankungen der Rohstoffbeschaffung, Nachfrageänderungen, gute und schlechte Ernten, Vertrauen und Mißtrauen, Optimismus und Pessimismus, Zölle und Handelskriege, gute und schlechte Regierungen, neue Gesetze, neue Steuern und neue Staatsausgaben und jene Mängel in der Organisation des Wirtschaftslebens gibt, die in der Marktwirtschaft diese und im Kollektivismus jene Form annehmen.

Aus diesen nüchternen Erwägungen ergeben sich die Richtlinien, die sich allmählich für die Konjunkturpolitik herausgebildet haben. Die eine besteht darin, diejenigen Gleichgewichtsstörungen, die der Dynamik

des Wirtschaftslebens selbst entspringen und nicht von außen an sie herangetragen werden, in ihrem Ursprung zu bekämpfen. Ist die Krise als eine weitgehend unvermeidliche Reaktion auf die vorausgehende Hochkonjunktur aufzufassen, eine Reaktion, in der sich die Anpassung und Wiederherstellung des gestörten Gleichgewichts in schmerzlicher und verlustreicher Weise vollzieht, so folgt, daß wir es gar nicht erst zu einer Übersteigerung der Hochkonjunktur kommen lassen, sondern sie in dem kritischen Punkte (dem „oberen“ kritischen Punkte des Konjunkturzyklus) durch geeignete Maßnahmen (Bremsung von Investitionen, Steuererhöhung, Einschränkung der Staatsausgaben, Diskonterhöhung, „Operationen am offenen Markte“ durch Effektenverkäufe usw.) dämpfen sollten. Da ein solches Rezept manchen etwas altmodisch vorkommen könnte, sei daran erinnert, daß auch der Krach von 1929 in den Vereinigten Staaten auf eine Hochkonjunktur gefolgt ist, die alles Maß überschritten hatte und allen Eingeweihten das Gefühl gab, in einem führerlos gewordenen Expreszug zu sitzen. Es könnte nach dem gegenwärtigen Kriege sehr bald eine Lage entstehen, in der man alles wird daran setzen müssen, eine solche Hochkonjunktur nicht noch einmal sich entwickeln zu lassen, so unpopulär gerade auch ihre Drosselung zu sein pflegt.

Das ist die eine der bewährten Richtlinien sachgemäßer Konjunkturpolitik. Die andere besteht darin, die Anpassung und Wiederherstellung des Gleichgewichts, nachdem die Hochkonjunktur (Überinvestition) sie einmal in der darauf folgenden Krise unvermeidlich gemacht hat, nach Kräften zu erleichtern, zu beschleunigen und ihre individuellen Folgen erträglich zu machen (symptomatische Maßnahmen). Hierfür stellen Erfahrung und Überlegung eine Fülle von Maßnahmen zur Verfügung.

Von der „aktiven Konjunkturpolitik“ zur „Vollbeschäftigung“.

Die Krise von 1929, von der alles weitere bis zum heutigen Tag seinen Ursprung herleitet, war, wie gesagt, zunächst die schließlich unvermeidliche Reaktion auf eine gigantische Hochkonjunktur der gewohnten Art gewesen. Indessen wuchs sie, angefacht von Sturmwinden aller Art, unaufhaltsam darüber hinaus, um dann zu einem verheerenden Weltbrande zu werden, der immer neue Nahrung fand, immer neue Formen annahm und im Grunde noch immer ungelöscht ist. Der ursprüngliche Dachstuhlbrand fand den Zugang zu dem Dynamitlager, das sich seit 1914 in der Welt angesammelt hatte und zu dem einzelne immer neues Dynamit hinzutragen. Dieses Zusammentreffen einer zyklischen Überinvestitionskrise mit einer Fülle von mehr oder weniger „zufälligen“ strukturellen Krisenursachen zum Teil außerwirtschaftlicher Art war das wahre Verhängnis, das dann unter der Hand kopfloser Staatsmänner und Wirtschaftsführer seinen Lauf nahm und in der internationalen Kreditkrise („Liquiditätskrise“) von 1931—1933 — von dem Zusammenbruch der „Österreichischen Kreditanstalt“ und der „Darmstädter Bank“ über die deutsche Kreditkrise und die

Preisgabe des Goldstandards in England bis zur Dollarabwertung im Frühjahr 1933 — seinen Gipfel erreichte. In dieser Wirtschaftspanik gediehen der politische Radikalismus und die wilde Experimentierfucht der Regierungen, sich gegenseitig steigernd, aber darin einander gleichend, daß sie das Vertrauen der Geschäftswelt immer nachteiliger untergruben. Da aber von diesem Vertrauen die Wiederaufnahme der Investitionstätigkeit und damit die Überwindung der Krise abhing, entstand ein *circulus vitiosus*, in dem die Krise, weit entfernt, sich selbst ihr Ende zu bereiten, von sich aus immer neue Störungen verursachte, die sie fortgesetzt verschärften. Damit war sie als „Reinigungsphase“, d. h. als eine Periode der Anpassung und Wiederherstellung des durch die frühere Hochkonjunktur gestörten Gleichgewichts, sinnlos geworden und zu jener Krise entartet, für die ich 1933 den allgemein angenommenen Ausdruck „sekundäre Krise“ vorschlug³⁾.

Unter diesen Umständen brach sich etwa im Winter 1930/31 an verschiedenen Stellen und unabhängig voneinander die Erkenntnis Bahn, daß man sich einem Ausnahmezustand gegenüber befand, in dem mit den bisherigen Richtlinien der Konjunkturpolitik nicht mehr auszukommen sei und eine „aktive Konjunkturpolitik“ getrieben werden müsse. Keynes in England, Ohlin in Schweden, Biner und andere in den Vereinigten Staaten und schließlich mein eigener Freundeskreis entwickelten ungefähr gleichzeitig diesen Gedanken, und ich erinnere mich noch immer sehr deutlich jenes Abends, an dem uns der Grundgedanke dieser Konjunkturpolitik klar wurde, wir aber auch zugleich übereinkamen, daß es Dynamit sei, mit dem wir da hantierten und das nicht in falsche Hände fallen dürfte, — ein frommer Wunsch, wie schon der Erfinder des eigentlichen Dynamits erfahren mußte⁴⁾. Ausgehend von der Erwägung, daß das Darniederliegen der Investitionen ohne gleichzeitige Steigerung des Verbrauchs (Senkung der Ersparnisse) die eigentliche Ursache der Stagnation sei, aber an eine spontane Wiederaufnahme der Investitionen unter jener verhängnisvollen Wechselwirkung von Krise und Vertrauensschwund einstweilen nicht zu denken wäre, waren alle diese Kreise in verschiedenen Ländern darin einig, daß der Marasmus durch die Anstoßwirkung öffentlicher Investitionen — in Deutschland „Initialzündung“ und in Amerika „pump-priming“ genannt — überwunden werden müsse. Das war der Gedanke der „aktiven Konjunkturpolitik“, der dann unter anderem beim „New Deal“ Roosevelts wie auch bei der von Reichskanzler v. Papen begonnenen und vom Nationalsozialismus drastisch fortgesetzten Krisenaktion Pate gestanden hat⁵⁾.

³⁾ W. R ö p k e, Die sekundäre Krise und ihre Überwindung, *Economic Essays in honour of Gustav Cassel*, London 1933, S. 553—568.

⁴⁾ Das praktische Ergebnis war der sogenannte Brauns-Plan unter der Regierung Brüning, an dem ich als Nationalökonom der Brauns-Kommission mitgewirkt hatte. (Vgl. W. R ö p k e, Praktische Konjunkturpolitik: Die Arbeit der Brauns-Kommission, *Weltwirtschaftliches Archiv*, Oktober 1931).

⁵⁾ Hierüber habe ich seinerzeit in dem von Keynes herausgegebenen „*Economic Journal*“ (September 1933) unter dem Titel „Trends in German Business Cycle

Mit diesem Gedanken war zu den genannten beiden Richtlinien einer rationellen Konjunkturpolitik eine neue gewonnen, die sich auf die außergewöhnlichen Verhältnisse der zur „sekundären Depression“ entarteten Krise bezog. Sie besagt, daß es unter Umständen zweckmäßig sein kann, im „unteren“ kritischen Punkt des Konjunkturzyklus mit aktiven Maßnahmen einzugreifen, um das Mißverhältnis zwischen Sparen und Investieren zu überwinden und damit die Wiederherstellung des im übrigen bereits durch die Krise vorbereiteten Gleichgewichts zu beschleunigen. Sie besagt aber nicht, daß eine solche Politik bereits in der „primären“ Krise (die unmittelbar auf die Hochkonjunktur folgt) einsetzen und zu dem halbschmerzhaften Versuch mißbraucht werden darf, die Hochkonjunktur zu verewigen. Eine solche „aktive Konjunkturpolitik“ trägt also einen ausgesprochenen Ausnahmecharakter und bezieht sich auf eine verzweifelte Situation; sie ist ein äußerst gefährliches Mittel, das nur durch die äußerste Gefahr dieser Situation gerechtfertigt werden kann.

Als eine solche ultima ratio dürfte der „aktiven Konjunkturpolitik“ (der künstlich herbeigeführten Kreditorpanktion und Investitionsbelebungs) ein Platz im Instrumentarium der Konjunkturpolitik bleiben. Aber sie muß mit äußersten Vorbehalten angenommen werden, und damit kommen wir nun auf die „falschen Hände“ zurück, in die, wie wir oben bemerkten, dieses Dynamit nicht fallen darf. Wir haben uns jetzt mit einem Mißbrauch der Idee der „aktiven Konjunkturpolitik“ zu beschäftigen, eben dem, was heute als Politik der „Vollbeschäftigung“ gilt.

Zunächst ist zu beachten, daß eine Politik der wirtschaftlichen Expansion durch öffentliche Investitionen, selbst wenn sie auf den legitimen Fall des „unteren kritischen Punktes“ beschränkt wird, nur unter der Voraussetzung Erfolg versprechen kann, daß sie mit äußerster Behutsamkeit, mit weisen Schutzmaßnahmen aller Art und mit äußerster Rücksicht auf den Mechanismus der Marktwirtschaft durchgeführt und alles getan wird, eine Atmosphäre des Vertrauens zu schaffen. Das ist der Grund, warum sie bisher nur in ganz wenigen Ausnahmefällen — in Australien und vielleicht auch in Schweden — einigermaßen geglückt ist, in der Mehrzahl der Fälle aber mit einem eklatanten Mißerfolg geendet hat, vor allem dort, wo man sie mit äußerster Energie betrieben hat, nämlich in den Vereinigten Staaten und in Deutschland.

Es ist außerordentlich lehrreich, den Gründen dieses Mißerfolgs nachzugehen. Er kam überall darin zum Ausdruck, daß die Anstoßwirkung, die von den öffentlichen Investitionen ausgehen sollte, ausblieb, so daß sich keine echte Marktkonjunktur, sondern nur eine künstliche Zwangskonjunktur sozusagen synthetischer Art entwickelte, die so-

Policy“ berichtet. Dabei stellte ich der nationalsozialistischen Aktion eine durchaus ungünstige Prognose, die durch die weitere Entwicklung bestätigt wurde.

fort zusammenbrach, sobald die öffentlichen Investitionen und Kaufkraft-einsparigungen, von denen sie abhing, aufhörten. Nicht nur verfehlten die öffentlichen Investitionen ihr Ziel, die privaten (marktwirtschaftlichen) Investitionen wieder in Gang zu bringen, vielmehr hatten sie die ärgerliche und so gar nicht in das mathematisch-mechanische Schema einer solchen „Kreislauftechnik“ passende Tendenz, die noch verbliebenen privaten Investitionen weiter zu verringern. So ergab sich, daß die schlechten Investitionen die guten verdrängten und nun die Regierung, wollte sie nicht reumütig das Steuer entschlossen herumwerfen und der Privatinitiative wieder vertrauensvoll das Feld überlassen, gezwungen wurde, ihre Investitionen und Kaufkraftinjektionen nicht nur aufrecht zu erhalten, sondern sogar noch fortgesetzt zu steigern. Damit wurde sie nun mit progressiver Beschleunigung auf die abschüssige Bahn des Kollektivismus gerissen, denn je mehr sie jetzt die „Lenkung“ der Volkswirtschaft übernahm, um so funktionsunfähiger wurde der verbleibende Rest der Marktwirtschaft und um so größer zugleich die Notwendigkeit, auch diesen Rest der „Wirtschaftslenkung“, d. h. der kollektivistischen Kommandowirtschaft zu unterstellen. Früher oder später erreichte man überall den kritischen Punkt, an dem die Regierung sich entscheiden mußte, ob sie auch den Rest der funktionsunfähig gewordenen Marktwirtschaft in ihre kollektivistische Kontrolle nehmen oder die Marktwirtschaft auf der ganzen Linie wiederherstellen sollte. Entweder mußte sie dann den Sprung nach vorne in den vollen Kollektivismus (mit allen seinen politischen Attributen) wagen oder den Mut zur Umkehr aufbringen. Deutschland, das an diesem kritischen Punkt etwa im Jahre 1935 angelangt war, da die Politik der „Initialzündung“ in eine Sackgasse geführt hatte, entschied sich damals mit innerpolitischer Zwangsläufigkeit für den waghalsigen Sprung nach vorne, während man in den Vereinigten Staaten unentschlossen hin und her pendelte, bis schließlich der Kriegskollektivismus dem Zaudern ein Ende machte. In Frankreich schließlich hatte der damalige Ministerpräsident Reynaud, nachdem die Krisenpolitik der Volksfrontregierung am selben kritischen Punkt stecken geblieben war, den Versuch zu einer entschlossenen liberalen Umkehr gemacht.

Warum der in den Vereinigten Staaten wie in Deutschland in Gang gesetzte Mechanismus versagte, erklärt sich hier wie dort aus durchaus verschiedenen Gründen, und zwar kann man im allgemeinen sagen, daß drüben in erster Linie die falsche wirtschaftliche, in Deutschland aber die falsche politische Gesamtkombination verantwortlich zu machen ist. Aus der falschen wirtschaftlichen Gesamtkombination in den Vereinigten Staaten sind drei Hauptfehler herauszuheben: 1. die unnötige und völlig verwirrende Dollarabwertung, 2. die unweise Vermischung der Konjunkturpolitik mit einer antikapitalistischen Strukturpolitik, und 3. die Politik der sofortigen allgemeinen Einkommenssteigerung (Kaufkrafttheorie), die dadurch, daß sie das Endergebnis einer geglückten Konjunkturpolitik vor-

wegnahm, just dieses Endergebnis vereitelt und sich damit den in der Einleitung erwähnten Grundirrtümern des Radikalismus anreicht⁶⁾.

Der deutsche Fall ist nun deshalb so überaus lehrreich, weil hier die ursprüngliche Politik der „Initialzündung“ nach ihrem Mißerfolg mit unbekümmertener Energie in eine Politik der fortgesetzten „Vollbeschäftigung um jeden Preis“ übergeleitet worden ist. So ist der Experimentalbeweis für die theoretische Überlegung geführt worden, daß eine Politik, die aus dem Nuzhilmittel der öffentlichen Investitionen eine Dauerpraxis machen will, um die Volkswirtschaft allen ehernen Widerständen zum Trotz fortgesetzt auf höchsten Touren zu erhalten, dieses Ziel nur unter Preisgabe der Marktwirtschaft erreichen kann und schrittweise zum Kollektivismus führen muß. Niemand hat je ernsthaft bestritten — auch Keynes nicht —, daß mit fortschreitender Hochkonjunktur immer stärkere Kräfte auftreten, die, weil das volkswirtschaftliche Gleichgewicht erschütternd, ihr früher oder später ein Ende bereiten und eine Anpassung erforderlich machen, aus Gründen, über die die Darstellungen der Konjunkturtheorie unterrichten und unter denen hier das bereits erwähnte „Übersetzungsprinzip“, die unvermeidlichen Kostensteigerungen und sonstigen Pressungen, die psychologischen Reaktionen und die internationalen Rückwirkungen genannt seien. Eine Wirtschaftspolitik, die sich darüber hinwegsetzen will, sieht sich zu immer brutaleren Maßnahmen gezwungen, um diese stärker und stärker werdenden Reaktionen zu unterdrücken: zur Devisenzwangswirtschaft (die ja denn auch von Befürwortern der „Vollbeschäftigung“ in demokratischen Ländern mit naiver Seelenruhe ins Auge gefaßt wird), zur Lohn-, Preis-, Kapital-, Investitions- und Konsumkontrolle und vielem anderen. Immer mehr an lästigen Freiheiten, an Einrichtungen der Marktwirtschaft, an Wohlstand und an wirtschaftlichen Reserven muß aufgeboten werden, immer zahlreicher werden die planenden, überwachenden, befehlenden und strafenden Beamten, immer umfassender die Verordnungen, immer drakonischer die Strafen, immer schmaler die Brücken zur übrigen Welt und immer angespannter die Kräfte und Nerven der Bevölkerung. Immer wieder gelingt die Anpeitschung, aber schließlich muß sie wie der Mißbrauch des Pervitins mit dem Zusammenbruch enden, wie lange er auch hinausgeschoben werden mag. Zuerst führt eine solche Politik der „Vollbeschäftigung“ zum Kollektivismus, aber schließlich muß sie auch hier ein Ende

⁶⁾ Der Hauptfehler dieser bekannten und weitverbreiteten Kaufkrafttheorie besteht darin, zu übersehen, daß, wenn man zunächst die Löhne ohne Rücksicht auf die Rentabilität der Unternehmungen erhöht, man zwar eine künstliche Nachfragevermehrung schafft, zugleich aber die Kosten erhöht, eine völlige Unsicherheit in der Kalkulation verursacht und damit die Unternehmer von neuen Investitionen abschreckt. So bringt diese Politik sich selbst um ihre Früchte, da sie zu rasch nach ihnen greift. Hier liegt auch die Hauptursache für den Zusammenbruch der französischen Krisenpolitik unter dem Volksfrontregime. Näheres über den deutschen Fall: W. R ö p f e, Trends in German Business Cycle Policy, a. a. O.

finden, in das dann der Staat selbst, der die volle Verantwortung für die Konjunktur übernommen hat, verwickelt sein wird.

Dauernde Stagnationstendenzen der Marktwirtschaft?

Im Hintergrund einer solchen Politik der „Vollbeschäftigung“, die die öffentlichen Investitionen glaubt zur Dauereinrichtung machen zu können, steht nun eine bestimmte Philosophie allgemeinerer Natur, die vorzüglich von den angelsächsischen Ländern ihren Ausgang genommen hat und uns bei den mannigfachsten Gelegenheiten wie in vielfältigen Formen entgegentritt. Man schmeckt sie heutzutage sozusagen überall „durch“, unter anderem auch im Beveridge-Plan. Es handelt sich dabei um eine höchst merkwürdige Mischung von beschwingtestem Optimismus mit einem wahren Götterdämmerungs-Pessimismus: Optimismus hinsichtlich der durch die heutige Technik eröffneten Möglichkeiten der Produktion und der Massentwohlfahrt, Pessimismus hinsichtlich der Fähigkeit des „Kapitalismus“, diese Möglichkeiten zu aktualisieren, weil die Unternehmer aus verschiedenen „unausweichlichen“ Gründen, insbesondere wegen der bereits bestehenden Übersättigung mit Kapitalanlagen, nicht genügend rentable Investitionen fänden, welche die immer reichlicher fließenden Ersparnisse der Bevölkerung in effektive Nachfrage verwandeln und so Gleichgewicht und Vollbeschäftigung sichern. Man malt sich eine Welt, die eigentlich reich sein könnte, aber dank einer dauernden Tendenz der Unterinvestition zur Stagnation und Armut („poverty amidst plenty“) verurteilt wäre, einer Stagnation, aus der sie schließlich nur noch durch Rüstungskonjunkturen von Zeit zu Zeit herausgerissen werden könnte — sofern eben nicht von Staats wegen das Defizit an Investitionen ausgeglichen oder die Sparsamkeit eingeschränkt würde. Daher auf der einen Seite die Verachtung für das Sparen, das Gefühl, aus dem Vollen schöpfen zu können, und die Versicherung, daß „Geld keine Rolle spiele“, auf der anderen Seite ein ausgesprochener Defaitismus in Bezug auf die Zukunftsmöglichkeiten der Marktwirtschaft.

Dies ist eine Lehre, die ebenso verhängnisvoll und unbegründet ist, wie sie bei oberflächlicher Betrachtung plausibel erscheint. Man kann kaum stark genug betonen, daß die ihr zugrunde liegenden Überlegungen ebenso falsch sind, wie es keine Erfahrungen gibt, die für sie sprechen. Die letzte „Große Depression“ ist, wie wir sahen, gerade auf eine Periode eines Exzesses an Investitionen gefolgt, und was die langdauernde Stagnation des letzten Jahrzehnts anlangt, so ist es grotesk, sie plötzlich zur Normaltendenz zu stempeln, während es doch an Gründen besonderer Art nicht fehlt, die sie erklären. Unter diesen Gründen steht obenan just eine Wirtschaftspolitik, der diese Philosophie der „säkularen Stagnation“ Gevatter gestanden hat! Man möge doch einmal probieren, welche Fülle von Anlagemöglichkeiten das verfügbare Kapital finden würde, wenn man das Vertrauen in die Zukunft, den Mechanismus der Marktwirtschaft und

gewisse unverbrüchliche Regeln der Wirtschaftspolitik wiederherstellt, wenn man das Wirtschaftsleben wieder elastisch und anpassungsfähig macht und die lähmenden Hemmungen des Monopolismus und Interventionismus beseitigt. Dem Ausgang eines solchen Experiments dürfen wir mit Vertrauen entgegensehen.

Daß über unserem Wirtschaftssystem die Gefahr einer dauernden Stagnation schwebt, ist nicht zu leugnen; sie ist sogar mit Händen zu greifen, und was sie bedeutet, muß jedem klar sein. Aber diese Gefahr entspringt nicht unentrinnbaren Fatalitäten. Gewiß hat die moderne Technik die Produktions- und Wohlstandsmöglichkeiten außerordentlich gesteigert, und wir wollen uns von Herzen darüber freuen. Aber es ist nicht einzusehen, was für ein Unglück es sein soll, wenn dann, nachdem der größte Bedarf der großindustriellen Technik einmal gesättigt sein sollte, die Menschen endlich daran gehen können, an andere Dinge zu denken, an Qualitätsprodukte, Reisen, Bücher, Kunst, Handwerkserzeugnisse, an eine Rückbildung der monströsen Großstädte und an die Anlage von Garden Cities und nicht zuletzt an eine Hebung des Durchschnittseinkommens, das selbst in den Vereinigten Staaten noch immer sehr niedrig ist. Es liegt auch nicht der geringste Grund vor, daran zu zweifeln, daß diese Bedürfnisse in normaler Weise von der Marktwirtschaft befriedigt werden können, wenn man nur für ihre Funktionsfähigkeit sorgt. Entsprechendes läßt sich für die anderen angeblichen Fatalitäten ausführen, von denen in diesem Zusammenhange die Rede zu sein pflegt: für die depressiven Wirkungen, die man sowohl von der nachlassenden Bevölkerungsvermehrung wie von dem Ende der Kolonisationsepocher erwartet⁷⁾. Sind es aber nicht unentrinnbare Zwangsläufigkeiten, von denen die Gefahr einer chronischen Stagnation unseres Wirtschaftssystems droht, so ist sie um so mehr von einer bestimmten wirtschaftspolitischen Tendenz zu erwarten, der sich die Völker hingeben, der Tendenz zum Kollektivismus und zu allem, was auf seinem Wege liegt. Eine der bedenklichsten Etappen auf diesem Wege aber ist die Politik, die sich des demagogischen Schlagworts der „Vollbeschäftigung“ bedient.

⁷⁾ Es ist zu beachten, daß die Philosophie von der säkularen Stagnation („mature economy“ ist das amerikanische Schlagwort) zunächst viel Verbreitung gefunden hat, nicht zuletzt durch die Autorität und durch die wirksamen Formulierungen von Keynes, daß man sich aber in jüngster Zeit immer mehr auf ihre Unhaltbarkeit besinnt. Vgl. u. a.: Howard S. Ellis, Monetary Policy and Investment, American Economic Review, Supplement, März 1940; Henry C. Simons, Hansen on Fiscal Policy, The Journal of Political Economy, April 1942; E. C. Inaudi, Dell'uomo, fine o mezzo, e dei beni d'ozio, Rivista di Storia Economica, 1942, Nr. 3/4.